

Präsidium

Dr. Julian Führer
c/o Historisches Seminar
Karl Schmid-Str. 4
8006 Zürich
julian.fuehrer@access.uzh.ch
044 634 38 53

Neue Zürcher Zeitung
Redaktion
Postfach
8021 Zürich

Zürich, 16. April 2010

Sehr geehrte Redaktion, sehr geehrter Herr Furger

Erlauben Sie mir, als Vertreter des Akademischen Mittelbaus zu Ihrem Artikel „Studieren in der Schweiz ist für Ausländer zu billig“ Stellung zu nehmen.

Die von der NZZ berechneten Ausbildungskosten von 560 mio CHF, die „niemand bezahlte“, sind schwer nachprüfbar. Obendrein zahlt der Bund 10% seines Grundbeitrages an die Universitäten entsprechend der Anzahl ausländischer Studierender, wie sich der Stellungnahme des Regierungsrats des Kantons Zürich vom 11. April 2010 entnehmen lässt. Grundsätzlich sind Sie, wenn ich den Artikel richtig verstanden habe, der Auffassung, dass akademische Bildung einen finanziellen Gegenwert hat, der von den Studierenden aufzubringen sei, speziell von denen aus dem Ausland. Dies bedeutet, dass der Hochschulzugang noch stärker als bisher von der persönlichen wirtschaftlichen Situation abhängig ist; es sollte doch aber Konsens bestehen, dass gerade die Universität Zürich nicht an den reichsten, sondern an den besten Studierenden interessiert sein muss. Das Prestige der Universität Zürich resultiert aus ihren Leistungen in der Lehre und vor allem in der Forschung; diese erfolgt gerade durch die Doktorierenden. Daher muss Zürich die besten Doktorierenden anwerben, wie Sie selbst schreiben. Dies wird nicht

geschehen, wenn man sie während des Studiums mit Gebühren abschreckt. Wer hier einen Studienabschluss erwirbt, gehört unter Umständen bald zu den Doktorierenden. Oder soll die Universität verstärkt Personen aus dem Ausland anwerben, die das Studium hier nicht kennen? Das scheint mir auch politisch nicht wünschenswert.

Ihre Behauptung, dass Bildungsausländer „in der Regel fürs Grundstudium hierher“ kommen, ist nicht haltbar. Im Jahr 2009 befanden sich 46% der ausländischen Studierenden im Grundstudium, 7% im Master, 36,1% im Doktorat und 10,9% in Weiterbildungsstudiengängen. Da die Weiterbildungsstudiengänge kostendeckende Studiengebühren erheben, haben diese in Ihrer Argumentation ohnehin keinen Platz. Im übrigen zahlen Doktorierende durchaus Studiengebühren (einen reduzierten Satz, da sie auch weniger Lehrbetreuung erfordern), sie wären also ebenso von einer Erhöhung betroffen. Auch hier muss ich Sie korrigieren. Wer hier über eine Assistenz angestellt ist, müsste also über erhöhte Studiengebühren gewissermassen Strafsteuern bezahlen, ein Umstand, der angesichts der jetzt schon niedrigen Löhne der Assistierenden die Universität für künftige Spitzenforscher zusätzlich unattraktiv machen würde.

Zudem darf ich Sie noch darauf hinweisen, dass z.B. die Schweizer Universitäten eng mit dem Europäischen Bildungs- und Forschungsraum vernetzt und häufig Mitglieder grosser Verbunde sind. Nicht zuletzt deshalb schätzen viele die Lehre und Forschung dieser Institution und studieren oder forschen hier. Umgekehrt profitieren die Universitäten jedoch von Forschungsgeldern in mitunter beträchtlichem Umfang aus dem europäischen Ausland sowie EU Programmen. Dies sollte nicht leichtfertig und einseitig aufs Spiel gesetzt werden, zumal Schweizer Studierende im Ausland teilweise den Inländern gleichgestellt sind und in manchen Fällen sogar keine Studiengebühren bezahlen müssen (bestimmte Bundesländer in Deutschland).

Ich hoffe, mit diesen Bemerkungen einige Behauptungen etwas zurechtgerückt zu haben. Bei Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Julian F. K." with a stylized flourish at the end.